

Bezugs-Preis
In der Hauptexpedition oder den im Stadt-
bezirk und den Vororten errichteten Ex-
peditionen abgeholt: vierteljährlich 4.50,
— monatlicher Abgabe 1.50. Durch die Post bezogen
vierteljährlich 4.80, — monatlich 1.60. Für
den Ausland-Bezug vierteljährlich 5.40,
— monatlich 1.80. (Inkl. Porto).

Redaktion und Expedition:
Johannisplatz 8.
Telefon 155 und 222.
Filialredaktionen:
Herrn Oden, Buchhändler, Untermarkt 2,
H. Köpcke, Buchhändler, 14. u. Köpckepl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Gerechtigkeitsstraße 6.
Telefon 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Königsplatz 11A.
Telefon 1713.

Leipziger Tageblatt

und

Anzeiger.

Amtsblatt des königlichen Land- und des königlichen Amtsgerichtes Leipzig,
des Rates und des Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
Die 6 Spalten betragen 25 A.
Reklamen unter dem Rubrikations-
zeichen (4 Spalten) 75 A. vor den Familien-
anzeigen (6 Spalten) 80 A.
Tabellarischer und systematischer entwerfend
höher. — Gebühren für Nachweisungen und
Offertenannahme 25 A. (vgl. Text).

Ordnungs-Gebühren (gemäß) nur mit der
Kasse-Kasse, ohne Spesen-Gebühren
A 60., mit Spesen-Gebühren A 70.

Annahmefrist für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Sonntags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Sonntags 4 Uhr.

Anzeigen sind stets an die Expedition
zu richten.
Die Expedition ist nachmittags ununterbrochen
geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.
Druck und Verlag von E. Pöhl in Leipzig.

Nr. 635.

Sonntag den 14. Dezember 1902.

96. Jahrgang.

Zur gest. Beachtung.

Den verehrten Abonnenten unseres Blattes, sowie allen weiteren Interessenten desselben teilen wir hierdurch mit, daß wir, den schon seit Jahren aus den verschiedensten Kreisen an uns herangetretenen Wünschen nachkommend, das Abonnement vom Januar ab auf nachstehende Sätze ermäßigt haben:

Ein Abonnement auf das „Leipziger Tageblatt“ kostet vom 1. Januar 1903 ab in der Hauptexpedition, Johannisplatz 8, wie in deren Filialen und Ausgabestellen

bei Abholung von diesen Stellen . . . monatlich 1 Mark, vierteljährlich 3 Mark,
bei täglich zweimaliger freier Zustellung monatlich 1 Mark 25 Pfg., vierteljährlich 3 Mark 75 Pfg.,
durch die Post bezogen . . . monatlich 1 Mark 50 Pfg., vierteljährlich 4 Mark 50 Pfg.

Das „Leipziger Tageblatt“, das zweitumfangreichste Blatt des Deutschen Reichs, erscheint wie bisher wöchentlich 13 mal und wird auch ferner seine Leser auf das schnellste über alle wichtigen Weltbegebenheiten auf politischem wie auf allen anderen Gebieten unterrichten. Insbesondere wird es auf das eingehendste die sächsischen Angelegenheiten behandeln, in interessant geschriebenen Leitartikeln aus der Feder hervorragender Politiker die Weltlage beleuchten, Kunst und Wissenschaft, sowie ein gewähltes Feuilleton pflegen, wie auch fortlaufend in der Abendnummer einen größeren Roman bringen.

Der Handelsteil wird seinen weit über die Grenzen Sachsens verbreiteten guten Ruf zu wahren wissen durch prompte und absolut unparteiische Berichterstattung. Der in eigener Offizin täglich nach Börsenschluß fertiggestellte vollständige amtliche Kurszettel der Leipziger Börse erscheint regelmäßig in der Abendnummer, ebenso wöchentlich eine allgemeine Verlosungsbeilage.

Die vollständige Gewinnliste der königlich sächsischen Lotterie wird wie bisher bereits am Tage der Ziehung in unserem Blatte zur Veröffentlichung gelangen.

Expedition des „Leipziger Tageblattes“.

Aus der Woche.

* Leipzig, 13. Dezember.

Der Reichstag eilt zum Schluß. Zur Stunde, in der diese Zeilen geschrieben werden müssen, ist es zwar noch ungenau, ob es heute gelungen ist, die dritte Lesung der Tarifvorlage zu bewerkstelligen; jedenfalls aber ist die erhebliche Gefährdung der Reichstagsarbeit durch die vor allem verhängnisvoll war, weil in ihr der Reichstagspräsident das amtliche Siegel auf das Beschlussempfänger drückte. Daß Graf Bismarck sich hierbei in rechtswidrige Unkosten gestürzt hätte, kann niemand behaupten. Im Gegenteil — der Herr Reichstagspräsident war in seiner Erklärung so vorsichtig, als fürchtete er, daß der Reichstagspräsident auch ihm die schnell verstrichene Frist zum Vorhalten, die politische Lage zu kennzeichnen. Aus seinem Munde hörte die Opposition abermals, daß die Verständigung über den Zolltarif zwischen den vier Parteien unter dem Druck der Verschleppungsgefahr zu Stande gekommen ist, mit dessen Sozialdemokratie und Freisinnigen Vereinigung das Tarifgesetz zum Scheitern bringen wollten. Daß durch die Annahme des Kartells der verbliebenen Regierungen nunmehr eine wirksame Waffe im Kampfe um die Erlangung günstiger Handelsverträge erhalten haben, dafür kann jetzt auch die Mehrheit im Ausschusse des Deutschen Handels-tages als Frage herangezogen werden. Denn im vollständigen Gegenlage zu jenen freihändlerischen Kreisen, die in dem schuppelartigen Ausbau des autonomen Zolltarifs ein Hindernis für den Abschluß günstiger Handelsverträge erblickten, hat sich die Mehrheit im Ausschusse des Handels-tages für die Regierungslösung als geeignete Grundlage zu Handelsverträgen, Verhandlungen aus gesprochen. Welchen Gebrauch die verbliebenen Regierungen von der ihnen demnach zur Verfügung stehenden Waffe machen werden, darüber weiß man noch nicht; in naher Zukunft jedoch muß man erfahren, auf welchem Wege an die Erneuerung der Handelsverträge herangegangen werden soll.

Die geringe Mehrheit, mit welcher der Antrag Kartell zur Annahme gelangte, veranlaßte die „Freisinnige Zeitung“, der Opposition wiederum entgegenzusetzen, daß ohne ihr preisgekauftes Zugeständnis der Zolltarif entweder in der Versammlung untergegangen oder durch seine extrem agrarischen Gegner zu Fall gekommen wäre. Uebersieht man die ziemlich lange Reihe von Konfessionen, die neben

den Antisemiten sich das Vergnügen gönnten, den Antrag Kartell zu verworfen, so muß man gestehen, daß der Standpunkt des Abgeordneten Eugen Richter eine neue Bestätigung erfahren hat. Ob die konservativen und die antisemitischen Reinsager mit ihrer Spekulation auf agitatorische Erfolge ihre Rechnung finden werden, erscheint im höchsten Grade zweifelhaft. Nachdem der Ausschuss des deutschen Landwirtschaftsrates sich entschieden für den Antrag Kartell erklärt hat und nachdem auch die bayerischen Zentrumspartei für ihn eingetreten sind, kann es nicht schwer fallen, den Landwirten klar zu machen, daß nicht das Interesse der Landwirtschaft, sondern das Interesse der Agitation die Stellungnahme jener konservativ-antisemitischen Reinsager maßgebend beeinflusst hat. Von besonderem Reize wird es sein, zu beobachten, ob das Herbeistellen von elf Polen bei der Abstimmung und die Verwerfung des Antrags Kartell durch die übrigen drei eine Rückwirkung auf das Verhältnis zwischen Zentrum und Polen haben wird. Wenn in irgend einem Falle, so mußte das Zentrum dieses Mal auf die volle Unterstützung seiner Zölpoliten durch die Polen zählen. Schon der bühnische Singang, mit dem die Polen laut ihrer eigenen Presse das wüste Lärmen der sozialdemokratischen Widerarbeit begleiteten („Nicht ist Polen nicht verloren!“), hat dem bitteren Unmut führender Zentrumspartei erzeugt. Das Verhalten der Polen-fraktion bei der Abstimmung über den Antrag Kartell muß diesen Unmut noch steigern. Gleichwohl ist leider nicht zu hoffen, daß die bedauerliche Unterwürfigkeit des Zentrums unter die nationalpolnischen Ansprüche deshalb eine Verminderung erfahren werde.

Mit unverkennbarem Spotte stellt das Organ des Abg. Richter den Oppositionsparteien auch die Annahme des Kartells gegenüber als das Ergebnis ihrer eigenen Tätigkeit vor Augen. Unzweifelhaft gewährt die neue Formulierung jenes Absatzes in § 44 der Geschäftsordnung dem Präsidenten eine sehr weitgehende Machtvollkommenheit. Aber die Fortsetzung des Ständes, das die Sozialdemokratie als obstruktionistische Taktik-mittel ausführen, nützt zu dem Eingeständnis, daß es ungemein begreiflich ist, wenn die Mehrheit zu einem schützenden „Schutz ins Comptoir“ ihre Zuflucht nahm. Die 370 sozialdemokratischen Anträge zum Antrag Kartell reden in dieser Beziehung wahrlich laut genug. So blamabel der Ausgang des Streites um die Geschäftsordnung für die Sozialdemokratie im allgemeinen ist, so unbedeutend erscheint Herr Singer als Hauptleidtragender unter den „Genossen“. Paul Singer rief, und alle, alle kamen nicht — in die Sitzung der Geschäftsordnungskommission, die er, der Herr Vorsitzende, einberufen hatte. Ein solches Zeigen der „kalten Schulter“, verbunden mit dem durchaus eindeutigen Austritte des Abgeordneten Hülsh

aus der von einem Singer präsidierten Kommission und verbunden mit der Aussicht einer öffentlichen Aufforderung zum Verzicht auf den Vorsitz, hat den ersten Führer der Sozialdemokratie veranlaßt, seinen Vorsitz niederzulegen. Natürlich geschah das, wie zur Zeit stets üblich, unter dem Vorwande, daß der empfindsame „Genosse“ die Brutalität der Mehrheit nicht mitmachen könne.

In ihrer Verdricktheit wegen all der Niederlagen, die sie erlitten, verzichtet die Sozialdemokratie doch auf Prophezeiungen über eine Spaltung der nationalliberalen Partei. In dieser Richtung hatten freisinnige Organe das nach, was die Sozialdemokratie wirklich unterließ. Da auch die Kritik der „Nationalzeitung“ am Antrag Kartell wiederholt Formen annahm, die den Eindruck erweckten, als sei es auf eine Spaltung der nationalliberalen Partei abgesehen, war es besonders ein-
drucksvoll, daß ein nationalliberaler Gegner des Antrags Kartell von der hervorragenden Bedeutung des Abgeordneten Dr. Krause vor einer Spaltung in der Partei (sowohl im nationalliberalen Vereine zu Berlin, wie in einer Zuschrift an die „Nationalzeitung“) dringend warnte. Die weitere Festhaltung Dr. Krause, es sei ihm nicht eingefallen, konservativ und Zentrum im Vergleich mit der Sozialdemokratie als schlimmere Feinde zu betrachten, selbstverständlich sehr zu der Sozialdemokratie für die schlimmste Feindin aller anderen Parteien an, hat mißverständlichen Erörterungen sofort die Spitze abgebrochen.

Die Geduld, die Deutschland so lange Venezuela gegenüber übte, ist von dem dortigen Nachbarn grundverlezt worden. So klug und nicht anders übrig, als mit bewaffneter Hand die berechtigten deutschen Forderungen geltend zu machen. Im Einvernehmen mit Großbritannien stehend und davon gesichert, daß Nordamerika auf der Aktion gegen Venezuela falls der maßgebende Schlichter, das Deutschland auf die baldige Beilegung des Zwischen-falles rechnen. Der wahrhaft ergötische Größenwahn, mit dem Präsident Castro sich über alle Regeln nicht nur der Klugheit, sondern auch des Völkerrechtes hinweggesetzt hat, muß schwer auf das ohnehin hart gepreßte Land zurückfallen. Denn Beistand nachdringender Art findet Venezuela nirgend. Vor der Aufzuregerung aber, die unsere antinationalen Sozialdemokraten freigeigig spendet, sollte sich Castro, falls er noch einen lichten Augenblick hat, befragen. Diese „deutschen“ Castroiten, Castroiten im Punkte nationalen Ehrgeizes und Anstandes, die eben erst das Völkergewand auslegen, kennen kein milderndes Gefühl, als tief in ihren politischen Kleider-schrank zu greifen und in der Uniform des Landes zu paradien, das gerade einen Konflikt mit dem Reiche hat.

Die Verlobung des Großherzogs von Sachsen-Weimar mit einer Prinzessin von Rußland ist ein Band zwischen den Preußen und den Rußen alt. Ein Band

dynastischer Verwandtschaft. Nach dem Tode Heinrichs XXII. ist das ein Vorgang ohne politische Bedeutung, da der künftige Regent von Rußland alt. 2. dem partikularistischen gaulois loci ein Ziel gesetzt hat. Vom Stande dieses gaulois loci um-wittert, dürfte die künftige Großherzogin vielleicht zunächst einige Schwierigkeiten zu überwinden haben. Eine ungleich schwierigere Aufgabe aber wird es für sie sein, den Platz aus-zufüllen, den Großherzogin Sophia hier gelassen. Hält die künftige Großherzogin die Pflege der sächsischen Traditionen Weimars so hoch wie die verewigte Dranerin, dann macht sie sich wohl verdient nicht allein um ihre neue Heimat, sondern auch um das gesamte deutsche Vaterland.

Deutsches Reich.

D. Berlin, 13. Dezember. (Bismarck und die Klein-staaten.) Als einzige allgemein betriebsame Sitzung der Reichstages-Tagung die „Magdeburger Tage.“ die Einverleibung des Staates in Preußen und meint, alsdann verschwand wieder ein Staatswesen, das doch nur eine Parodie auf den Begriff des Staates sei. Als in früheren Jahren ähnliche Forderungen nach Vereinfachung der ganz kleinen Staaten erhoben wurden, war es kein Verwundern als 13. März, der sich wiederholt und auf das nachdrücklichste dagegen aus-sprach. Bismarck erachtete es für eine ungeschickte Tendenz, für einen Mangel an Verständnis des deutsch-nationalen Lebens, wenn man eine Verringerung der Zahl der Kleinstaaten an-strebe. In den kleineren Staaten erklärte Bismarck den Wert zwischen den Quadern. Hätten wir, sagte er, nur Staaten von der Größe wie Sachsen und Bayern, so würde die heutige Verfassung schwerer anzuwenden sein; dann gerade man in die Gefahr, die von Anfang an zu bekämpfen war, an Stelle des deutsch-nationalen Reiches ein Groß-Preußen zu bekommen. Bismarck fürchtete geradezu, daß Preußen durch Auflösung der kleinen Staaten zu einer geborenen Mehrheit im Bundesrat kommen könnte. Mit einem solchen Verhältnis sei ein einheitliches Bundesverhältnis unvereinbar. Die anderen Staaten würden mit Recht fragen: Was sollen wir überhaupt noch im Bundesrat erscheinen? Warum soll aus Preußen nicht schriftlich mitteilen, was es will? Nach Bismarcks Auffassung wird das Bundesverhältnis unvereinbar, sobald der mächtigste Staat im Bunde und das Präsidium an sich die Mehrheit erlangt. Und ganz ähnlich sprach er sich darin aus, daß in Fragen, die etwa Verfassungsveränderungen ent-balten und von den Staaten außerhalb des Präsidiums wenigstens einstimmig verurteilt werden müßten, diese Staaten wenigstens im Bunde bleiben sollen, eine Mehrheit zu bilden.

+ Berlin, 13. Dezember. (Die „Kleinste Volks-zeitung“) über das Reformverhältnis des Katho-lizismus. Die sehr der Katholikismus auf fast allen Gebieten des kirchlichen Lebens einschneidender Reformen bedürftig ist, geht mit frapperender Deutlichkeit aus einer Darlegung hervor, für welche das tonangebende rhei-nische Zentrumorgan einen ungenannten katholischen Theologen beinahe acht Spalten seiner literarischen Beilage zur Verfügung stellt. Diese Darlegung ist um so beachtenswerter, als die „Klein. Volksz.“ ihre ausdrückliche Zustimmung zu ihr mit dem Bismarck erteilt, daß die Rege